

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden.  
Verleger: Sammelnummer 25241  
Preis für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Einzelpreis M. 12.—, Sonntagsausgabe M. 15.—.

Unzeigen-Preise.  
Die Spaltige Nummernreihe M. 5.—, außerhalb Sachsen's M. 10.—, Sammler-  
ausgaben und Stolengeschenke unterwegs jeden zweiten Rabatt M. 2.—.

Schriftleitung und Beauftragtheit:  
Märkische Zeitung 33/40.  
Druck u. Verlag von "Hupfeld & Reichenbach" in Dresden.  
Deutschland-Kontinente 1066 Dresden.

Wiederaufdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. — Einzelne Schriften werden nicht aufbewahrt.

HUPFELD  
RÖNISCH  
GRUNERT

Dresden-A.  
24 Waisenhausstr. 24

## Grunert-Flügel und Pianos

aus unserer Zweigfabrik Johanngeorgenstadt

Klangschön - Geschmackvoll - Dauerhaft - In mittlerer Preislage - Kulante Kaufsysteme - Bequeme Zahlweise

HUPFELD  
RÖNISCH  
GRUNERT

Dresden-A.  
24 Waisenhausstr. 24

## Reichsbanksgold für die Marktstabilisierung.

Ein neues Angebot der Reichsregierung  
an die Republik.

**Deutschland unter Berliner Schriftleitung**  
Berlin, 13. Nov. Der Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiber gerichtet, in dem er die offizielle Vereinigung des Reichsbank unter gewissen Bedingungen an einer Stützungskoalition für die Mark teilzunehmen, ausdrückt. Herner fand hierzu noch Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz eines Kabinettsmitglieds statt, in der bestanden wurde, ein neues Angebot an die Reparationskommission zu machen. Dieses Angebot soll in einer Note erfolgen, die morgen formuliert werden soll. In diesem Angebot soll der Reparationskommission mitgeteilt werden, daß die Reichsbank sich offiziell bereit erklärt hat, sich mit einer größeren Millionensumme in Goldmark an einer der Stabilisierung der Mark diejenigen Anteile, die von ausländischen Bankiers begeben werden soll, zu beteiligen.

**Die eifrigste Annäherung Englands an Frankreich.**

London, 13. Nov. Der Schatzkanzler Baldwin erklärte in einer Rede in New-Castle, man könne nicht auf eine Besserung der Handelslage in Europa hoffen, bevor eine Regelung der Reparationsfrage erzielt worden sei. Das sei unmöglich ohne ein weitengereschtes Einvernehmen mit Frankreich, als es in letzter Zeit bestanden habe. Frankreich sei nicht immer ein Nachbar gewesen, mit dem leicht zu arbeiten war, aber die Lage Frankreichs sei von der Englands verschieden. Wenn die Engländer das offen anerkennen würden, würde sie besser in der Lage sein, Frankreich zu vertheidigen. Frankreich ist unter den Eindeutigen, daß England bereit sei, seinerseits Deutschland gegenüber alle Maßnahmen einzugeben mit der Begründung, daß der Handel Englands mit Deutschland für die Engländer von überwiegender Wichtigkeit sei. Frankreich ist, als jedoch, der Handel Frankreichs mit England sei mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger für die Engländer, als der Handel mit Deutschland. England werde Deutschland nicht entwischen lassen. Wenn jedoch durch unvorstellbare Behandlung Deutschland in den Bankrott oder schlimmerweise in die Revolution getrieben werde, so werde Frankreich selbst die Krebszunge Europas an seinen eigenen Grenzen sehen. (B. T. B.)

**Churchill für Erhöhung der Reparationen.**

London, 13. Nov. Churchill erklärte in einer Rede in London, er habe sich bei den letzten Wahlen zu einer Einführung deutscher Reparationen in Höhe von 2 Milliarden Pfund Sterling verpflichtet. Die Ergebnisse der letzten vier Jahre hätten ihn jedoch überzeugt, daß nicht der mindeste Grund besteht, daß Deutschland nicht sogar 2½ Milliarden, und zwar in Jahreszahlungen von 120 Millionen Pfund Sterling zahlen könnte. England sei vollständig berechtigt, von seinen Söhnen auf dem Kontinent und von Deutschland genügend Zahlungen zu fordern, die es in den Stand setzten würden, seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen. (B. T. B.)

**Lord George auf der Wahltour.**

London, 11. Nov. Lord George unternimmt gegenwärtig in einem Extrazug eine Wahltour durch Wales und hält auf den einzelnen Bahnstationen in walisischer Sprache Reden. Nächste Woche wird er eine leichte Tour durch Lancashire unternehmen.

Die Volkspartei gegen das „Kabinett der wirtschaftlichen Kräfte“.

**Deutschland unter Berliner Schriftleitung**  
Berlin, 13. Nov. Aus parlamentarischen Kreisen wird über die Tagung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt: Fraktion und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei sind heute zusammengetreten. Sie waren beide der gleichen Ansicht, daß man den Vorschlägen des Reichskanzlers bezüglich der Heranziehung von Wirtschaftskräften, deren Parteizugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei offiziell ignoriert werden sollte, was also eine Art Verschwiegenheit bedeuten würde, nicht folgen kann. Die Aussicht gebe dahin, daß es unmöglich sei, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, dessen Mitglieder, obwohl sie von der Partei vorgeschlagen werden sollen, offiziell nicht zur Partei gehörig betrachtet werden sollen. Die Deutsche Volkspartei habe zwar hinsicht ihrer Vereinigung zur positiven Entwicklung erklärt, sei dazu aber aufgestanden, wenn die anderen Parteien, die an der Regierung teilnehmen sollen, sich nicht auch offen an einer Mitarbeit mit der Deutschen Volkspartei bereiterklären. Klarheit sei das Gebot der Stunde. Die Volkspartei könne eine Kabinetsbildung nicht unterstützen, die diese Vorstellung nicht erfülle, sondern die alles im Unklaren lasse wie bisher.

**Kanzler und Arbeitsgemeinschaft für die große Koalition.**

**Deutschland unter Berliner Schriftleitung**  
Berlin, 13. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte trat heute um 5 Uhr nachmittags zu einer Versammlung mit dem Reichskanzler zusammen. Der Reichskanzler riette an die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft die Frage, ob sie den Bund hätten, die Deutsche Volkspartei in die jegliche Regierung einzutauzen. Die Abgeordneten Dr. Peterisch (Dem.) und Marx (Centr.) erklärten, daß sie dafür seien, daß die Deutsche Volkspartei in die jegliche Regierungskoalition einzutragen würde. Der Abgeordnete Peterisch (Bayr. Bp.) äußerte sich ähnlich, behielt sich aber seine Stellungnahme noch vor, da er mit seiner Fraktion noch nicht gekommen habe. Der Reichskanzler hieß ebenfalls den Eintritt der Volkspartei für nützlich anwalt, damit gegenüber den bestehenden Schwierigkeiten eine starke Regierung möglich sei. Den Sozialdemokraten ist daraus hinzu mitgeteilt worden, daß der Reichskanzler und die Parteien der Arbeitsgemeinschaft den Geist der Deutschen Volkspartei in die Regierung wünschen. Die Stimmung der Sozialdemokraten ist nach wie vor gegen ein Zusammenkommen mit der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett geblieben. Gestern taute der sogenannte Zweite Ausschuß, der sich mit der Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms beschäftigte.

**Der Fraktionsbeschluß der Sozialdemokraten.**

Berlin, 13. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Frage der Regierungsbildung folgenden Beschluss gefaßt: Die Fraktion erklärte, daß sie an der Förderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der inneren und äußeren Politik festhält und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent verrichtet. Sie erwidert in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Förderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems. (B. T. B.)

## Die Erdbebenkatastrophe in Südamerika.

**Erdbeben und Springflut.**

London, 13. Nov. Der Herd des Erdbebens wird in der ganzen pazifischen Gebirgsregion südlich des Tihuanaco-Lag-gegen vermutet. Die Fernwirkung des Erdbebens war noch an der Küste Südamerikas sehr stark. In Peru und Chile blieben mit einem Schlag alle Uhren stehen und alle Lichter erloschen. Selbst in den englischen und italienischen Observatorien war der Aufschlag der Seismographen ungewöhnlich groß. In Bremen und Ingolstadt wurden die Uhrzeiten des Seismographen aus dem Gehäuse herausgeschleudert. Aus Peru wird gemeldet, daß auch die bolivianischen Anden am Freitag abend von einer schweren Flutwelle heimgesucht wurden, die mehrere im Hafen versankte Schiffe kostete. In ganz Südamerika herzte nach den bisher eingegangenen Meldungen eine panikartige Stimmung.

Santiago, 13. Nov. Der erste Stoß, der in der Nacht zum Sonnabend erfolgte, war besonders heftig und seine Wirkung war verheerend, weil zu gleicher Zeit eine Springflut das Meer weit in das Land hineinfloß. Nach dem Urteil eines französischen Gelehrten ist es eins der stärksten Erdbeben, das jemals beobachtet wurde.

**Über 1000 Tote.**

**Wigner Drohbericht der Dresden Nachrichten**  
Berlin, 13. Nov. Nach hier eingegangenen alten Nachrichten über das Erdbeben in Chile sind in Coquimbo und Copiapo, die fast vollkommen vom Erdbeben verschwunden sind, insgesamt über 1000 Tote gezählt worden. Die meisten Leichen konnten gar nicht gefunden werden, weil das sich zurückziehende Wasser sie in das Meer mitnahm. Die Strecke der pazifischen Küste in der Nähe von

Coquimbo, die dicht am Meerstrand läuft, ist vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden und ein Teil der Strecke von etwa 1½ Kilometer wird neu gebaut werden müssen. Die chilenische Regierung hat sofort eine ausgedehnte Rettungsaktion in die Wege geleitet. Aus der Hauptstadt sind Sonderzüge mit Arzten, Sanitätern und Nahrungsmitteleinrichtungen nach der Städte des Unglücks abgezogen. Der Schaden wird auf etwa 100 Millionen Gold-

pesos geschätzt.

**Weitere Opfer der Katastrophe.**

Santiago de Chile, 13. Nov. Das Erdbeben hat mindestens 1000 Opfer gefordert. Mehrere tausend Personen sind ohne Lebensmittel und Decken. Außer einer großen Zahl Opfer, die aus Copiapo und Coquimbo gemeldet werden, sind 500 Tote in Valparaiso zu beklagen.

Diese Gegend ist völlig verwüstet. Auch in den südlichen Städten, von denen bisher noch keine Nachrichten vorliegen,

sind höchstwahrscheinlich Opfer zu verzeichnen.

**Das Befreiung der deutschen Regierung.**

Berlin, 13. Nov. Der deutsche Gesandte in Santiago de Chile ist beauftragt worden, dem Präsidenten der chilenischen Republik zum schweren Erdbebenangriff die Anteilnahme des Reichspräsidenten und der deutschen Regierung auszutreiben. Dem bislang chilenischen Gesandten hat der Reichskanzler einen Befreiungsbefehl abgestellt. (B. T. B.)

**Dollar (Amtlich): 8125**

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7725

## Politik der Planlosigkeit.

Daß das Reichskabinett in schweren Nöten ist, ist außen wie innenpolitisch, ist durchaus keine Neuerscheinung auf dem Gebiete der deutschen Politik. Das ist beinahe ebenso alltäglich geworden, wie die Bestrebungen nach einer Umwandlung des Kabinetts, die den Ausweg aus allen Nöten bringen soll. Und doch ist bei den ewigen Verhandlungen und Umbildungsberechnungen nie etwas herausgekommen. Der Reichswirtschaftsminister macht sozialistische, der Finanzminister liberale seine eigene und der Reichskanzler reibt Vendelpolitik. Daraus ergibt sich eine Komplikation, die alles andere darstellt als eine planmäßige, nach festumrissem Programm arbeitende Politik. Und wenn jetzt der Reichskanzler nach einer offiziellen Aussicht auf der Suche ist nach einigen Sachverständigen und beherzten Männern, die ihm helfen können, die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden, so wird das vermutlich nur eine neue politische Richtung neben die alten setzen, wird die Neubungen innerhalb des Kabinetts noch vermehren, wenn nicht endlich der verantwortliche Leiter der deutschen Politik daran geht, ein festes Programm aufzustellen, an dem das ganze Kabinett einheitlich zusammenwirkt. Denn heute ist — das kann man nach Abschluß der Verhandlungen mit der Reparationskommission sagen, ohne gegen die Mahnung des Kanzlers zu verstören — die ganze Planlosigkeit der Verhandlungen mit der Reparationskommission lagen, um die Verhandlungen nicht zu hören, zu verstehen — die ganze Planlosigkeit ist deutlich zutage getreten und so offenbar zusammengebrochen, daß endlich mal Abschlüsse geschlossen werden müssen. Paart sich diese Programmlosigkeit dann noch mit einer Scheu vor der Verantwortung, wie sie Barthou der deutschen Regierung vorkommt, so ergibt sich daraus das jammervolle Bild, daß die Verhandlungen mit der Reparationskommission eben entrohlt haben.

Man braucht gewiß den Neuerungen feindlicher Politiker keine allzu große Bedeutung beizumessen, zumal die Mitglieder der Reparationskommission mit ihrem Ruf nach positiven deutschen Vorschlägen zweifellos auch ihre eigene Entschlussfähigkeit verschleieren möchten. Man mag auch darüber hinwegsehen, daß der schließlich auf Drängen der Reparationskommission eingegangene Vorschlag eine geltige Anleihe bei den ausländischen Sachverständigen bedeutet. Nachdem nun aber einmal die ausländischen Sachverständigen als Voraussetzung für jede, auch die provisorische Stabilisierungskoalition die Einstellung aller Reparationsleistungen gefordert haben, durfte der Reichskanzler nicht vor diesen Plan hinausgehen und ihn dadurch wieder in Frage stellen, daß er Sachleistungen für diese Zeit anbot. Das ist Inkonsistenz und Planlosigkeit, die sich bitter rächen muß, wenn es zur Durchführung dieses Planes kommen soll. Schlimmer noch ist es für einen Politiker, der als seinen Grundtag das Wort geprägt hat: „Erst Brot, dann Reparationen“, wenn ihm Bradburn, der deutscherseits so ehrlich kämpfer gegen den Reparationsursprung aktiviert wird, beschreibt, es gebe keine Möglichkeit, in der Reparationsfrage Fortschritte zu machen, wenn nicht ein Plan formuliert wird und die unerlässlichen Voraussetzungen hierzu freimäßig gefordert werden. Kann es eine schlimmere und deutlichere Verurteilung der deutschen Passivität geben, als diese offene Kritik Bradburns? Es leuchtet ohne weiteres ein, wenn Bradburn betont, daß es nicht Sache der Alliierten sei, Deutschland bestimmt, daß es ausländische Angebote ablehnen. Wir stehen heute vor einem neuen Wiederausammenritt des Moran-Komitees, wir stehen vor der Brüsseler Konferenz, wir können und müssen handeln, um so mehr, als Frankreich offenbar die Gunst des Auslandes benutzen will, um möglichst viel von seinen Rhein- und Maurenplänen in Sicherheit zu bringen. Die politologische Erfassung des Augenblicks, die uns Frankreich vorwirkt, ist aber unvereinbar mit jener „passiven Planlosigkeit“, von der Bismarck einmal sagt, sie sei froh, wenn sie in Ruhe gelassen werde, sie könne aber inmitten Europas nicht durchgeführt werden.

Eine aktive Reparationspolitik, die „strenufig die unerlässlichen Reparationsvereinbarungen fordert“, aber ist nicht möglich, wenn wir nicht auch im Innern endlich daran gehen, nach festen Wiederauszielen zu arbeiten. Nicht die Forderungen der Entente, die Industrie an der Regierung zu beteiligen, sondern einzeln und allein die unabdingbare innerpolitische Notwendigkeit, den Kräften, die allein heute noch Deutschland am Leben erhalten, den Kräften der deutschen Wirtschaft endlich einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung einzuräumen, macht heute die Umbildung der Reichsregierung zur Pflicht, um endlich in leichter Stunde ein Wirtschaftsprogramm zu schaffen, das den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands freie Bahn schafft, um zur Rettung Deutschlands wenigstens das zu leisten, was in unseren Kräften steht. Das Programm und seine Durchführung ist die Hauptsaite, weniger die Personen. Und wenn der Reichskanzler nach beherzten Männern ruft, so wird alle Beherztheit neuer Mitarbeiter nichts nützen, wenn er nicht selbst der Beherzteste ist, nicht selbst seinen Willen bekundet, daß ganze Volk zu höchster Ausübung aller Kräfte aufzutreten. Die neuen Männer wissen Mitarbeiter

sein, niemals über die Initiative des ersten Kabinetts erscheinen. Seit der Übersicht der Reparationskommission erleben wir jedoch ein trauriges Schauspiel geradezu tragischer Planlosigkeit. Wie Vorträgen ist nichts getan, selbst wenn man die nur zu bildende Regierung als „Kabinett der Konzentration der Kräfte“ oder des „wirtschaftlichen Wiederaufbaus“ bezeichneten will. Die Daten sind entscheidend, und da seien wir den Sieben-Männer-Kabinett in vollendetem Höflichkeit in Verhandlungen mit den Parteiköpfen, seien. Nun von den Parteien Vorschläge herleiten für die Beseitigung der beiden freien Wahlkreise des Auswärtigen und des Wiederaufbaus. Dabei gelingen sich aber auch die unschönen Organsäfte in der roten Koalition. Die Sozialisten wollen weder den im Augenblick entscheidenden Voten des Wirtschaftsministers preisgeben noch vorerst ganz überhaupt parteipolitisch abgestimmte Männer der Volkspartei in der Regierung sehen, wovon sie sich mit der Beruhigung hervorragender Verbindlichkeiten der Wirtschaft in die Regierung einfügen würden. Sie wollen also nicht die offizielle Bezeichnung der Volkspartei an der Regierung, auf die wiederum die Volkspartei bei einem Parteidiktat nicht verzichten kann. Parteiunmischbarkeit, Parteiunmischbarkeit und die Amtsführung des Kanzlers steht. Daraus kann zweifellos nicht das große Wiederaufbaukabinett geboren werden, das die deutsche Politik fordert. Dazu kommt, daß sich die Parteien, wenn sie dem Kanzler die standesamtliche Nominierung in ihrer Politik auf die neue Regierung festlegen, ohne schließlich die gerinige Gewalt für das Wirtschaftsprogramm zu haben, das mit Habsuren und Kompromissen gegen früher sicher nicht das geringste ändern würde.

Das ist Parlamentarismus in seiner bedenkllichsten Form, da er die persönliche Initiative auschaltet und die Politik der parteilichen Unzulänglichkeiten an ihre Stelle stellt. Auch im Parlamentarismus muß die Verbindlichkeit Frankreichs der Politik sein, und so wäre es Sache des Reichskanzlers, anstatt sich in Verhandlungen mit den Parteien zu erkennen, sich mit hervertragenden Verbindlichkeiten der deutschen Wirtschaft in Verbindung zu setzen, die neuen Minister auszuweisen und mit einem vollständigen Programm vor dem Reichstag die Vertrauensfrage zu stellen. Niemand kann sich in parlamentarischen Staaten der leidende Minister letztlich ausfließendes Organ von Koalitionsabschlüssen sein. Dr. Birkholtz hat auch früher bereits in der Reparationsfrage, wenn auch nicht offiziell, eigene Politik geübt. Um so mehr wäre es jetzt seine Aufgabe, aus dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission und aus der katastrophalen Lage Deutschlands klar seine

Schlußfolgerung über die künftige Regierungspolitik zu ziehen, die Mitarbeiter zu berufen, und sollte seine Sicht nicht durchgehen, die Konsequenzen zu ziehen, dann nicht, daß Dr. Birkholtz auf jeden Fall im Amt bleibt. In das Erstergebnis der Sunde, sondern das das beste wirtschaftliche Leistungsprogramm gefunden wird. Was der Augenblick innerpolitisches erhebt, ist — wenn wir bei den Parteien der Arbeitsgemeinschaft bleiben — in den programmatischen Forderungen der Deutschen Volkspartei und auch der Demokratischen Partei mehrfach an die Regierung gewandt, haben. Es mag zum mindesten einen positiven Eindruck, wenn Dr. Birkholtz sich später einen interparlamentarischen Aufschluß verschafft, der ihm ein Programm anarbeitet soll. Ein solcher Aufschluß kann in gewissem Sinne von Vorteil sein, wenn nämlich der Reichskanzler sich mit festen Plänen anwandt, um etwaige Parteigegenseite in kleinerem Maße leichtlich ausgleichen zu können. Ein wirtschaftliches Programm auszuarbeiten aber ist Sache der Regierung, nicht eines von allen möglichen parteipolitischen Dauernungen beabsichtigten Parteiausschusses. Mag es schwer sein, Sozialisten und Wirtschaftler unter einen Hut zu bringen — die „Wirtschaft“ verkleidungen gegen Stütze wachsen in Sache sicher nicht leichter —, so muß es doch die oberste Aufgabe der Regierungsteile sein, nach eigenen Plänen zu handeln und es den Parteien zu überlassen, dazu Stellung zu nehmen. Vor allem aber muß es der Reichskanzler verhindern, daß die gegenwärtige Anfrage, die eine Krise auf Leben oder Sterben ist, ein großartiges Wirtschaftsprogramm in den Hintergrund tritt und Nebenschönheiten wie der Parteihandlung um Ministerposten in den Vordergrund gehoben werden.

Auch in den Kreisen der Gewerkschaften reicht heute die Überzeugung, daß wir ein großartiges Produktionsförderungsprogramm nicht herumkommen, und es ist dringend an der Zeit, daß die Regierung sich über ein derartiges Programm klar wird und sich an die Spalte einer Volksbewegung für eine deutsche Lebensnotwendigkeit stellt. Da auch die deutsche Wirtschaft zur Verständigung bereit ist, sind die Aussichten durchaus nicht ungünstig. Wir dürfen heute weniger denn je uns darum streilen, wie die Minister beißen und das Kabinett zusammengetragen werden soll. Worauf aber die Verhandlungen über die Regierungsumbildung an einem erproblichen Defizit führen sollen, so wird man endlich davon gehen müssen, von dem zu sprechen, was man bisher nicht gehört hat, von dem Programm, das die Grundlage für ein Kabinett des wirtschaftlichen Ausbaus bilden muss.

## Eine Ententekrise in der Orientfrage?

### England bestellt auf der unbedingten Einheitsfront.

#### Ismel-Pascha über die Lage.

Paris, 12. Nov. Ismet-Pascha erklärte dem Vertreter des „Malin“ in Paris, die Verantwortung der Regierungen sei ernst. Sie sei gesetzlich, weil man nicht leicht ein ganzes Volk und ein ganzes Heer in der Ungewissheit des Weltkriegsstandes erhalten könne. Es herrsche eine nervöse und bedeutsame Spannung über einem ganzen Volke, das nichts anderes verlangt, als den Frieden. Auch in Konstantinopel sei die Lage in einer unglaublichen Verwirrung. Nachdem man das persönliche Sultanat abgeschafft habe, seien die Nationalitäten an die Stelle des türkischen alten Regimes getreten. Es könnten Konflikte entstehen. Die alliierte und die türkische Polizei sei in Gefahr, oneander zu geraten. Wäre es nicht besser, da Konstantinopel den Nationalitäten feierlich versprochen worden sei, sie allein die Verantwortung für die Ausreihaltung der Ordnung übernehmen zu lassen? Sei eine einzige Autorität gegenüber einer beunruhigten Volksmenge nicht vorzuziehen? Alle diese Verzögerungen seien verhängnisvoll. Sicherlich legte Ismet die Rüte und Wunde der Türken dar. Ihre Interessen gehen dahin, türkisch und englisch Beziehungen zu Frankreich zu haben. Aber, so erklärte er weiter, Frankreich habe ein freies Volk und keine Kolonie vor sich. Gleichberechtigte und keine

Feindseligkeit sei man in englischen amtlichen Kreisen davon, daß der französische Oberkommissar in Konstantinopel General Velté vom Quai d'Orsay nicht ermächtigt worden sei, sich den beiden anderen Oberkommissaren hinsichtlich der erwarteten Verbürgung des Belagerungsstaates über die Stadt anzuhören. Dem Brüderhaften sei versichert, daß die englische Regierung ihren Vorsichtsherrn in Paris bestärkt habe, sich bei Poincaré zu erkundigen, ob er geneckt sei, zu den Verhandlungen mit Lord Curzon selbst nach London zu kommen. (W. T. B.)

#### Nervosität in amtlichen Londoner Kreisen.

London, 18. Nov. Die Nervosität in den amtlichen Kreisen hat gestern angeherrscht. Es verlautet, man habe durch amtliche Depeschen aus Konstantinopel erfahren, General Velté vom Quai d'Orsay nicht ermächtigt worden sei, sich den beiden anderen Oberkommissaren hinsichtlich der erwarteten Verbürgung des Belagerungsstaates über die Stadt anzuhören. Dem Brüderhaften sei versichert, daß die englische Regierung ihren Vorsichtsherrn in Paris bestärkt habe, sich bei Poincaré zu erkundigen, ob er geneckt sei, zu den Verhandlungen mit Lord Curzon selbst nach London zu kommen. (W. T. B.)

#### Die gefährdete Orientkonferenz.

Uneinigkeit über die Verhandlungen.  
Glossar: Großbericht der „Dresden Nachrichten“)

Paris, 12. Nov. Die Vertreter der Angora-Regierung in Frankreich sind heute morgen nach Lautanne abgereist. Die Vertreter der Angora-Regierung in Rom werden morgen in Lautanne eintreffen. Vermutlich wird es sich morgen entscheiden, ob die türkischen Vertreter die Alliierten in Lautanne erwartet dürfen. Hierbei soll heute morgen entschieden werden, ob Ismet-Pascha darin einwilligen werde, noch ein zweites Mal nach Lautanne zu reisen. Der englische Vorsichtsherr in Paris habe sich heute zu Poincaré begaben, um im Namen seiner Regierung Poincaré zu bitten, nach London zu kommen. Poincaré möchte darauf aufmerksam machen, daß die englische Regierung in dieser Woche zu sehr mit den Wahlen beschäftigt ist und daß dieser Umstand ungünstig auf die Verhandlungen wirken würde. Außerdem wies Poincaré darauf hin, daß die Italiener Ansicht daran nehmen könnten, wenn nur zwischen Frankreich und England Verhandlungen über die Orientkonferenz stattfinden würden. Poincaré sieht es daher vor, daß alle drei Mächte zusammen verhandeln. Sollte das auch der englische Standpunkt sei, sei er bereit, in einer beliebigen Stadt Frankreichs mit dem englischen und italienischen Ministerpräsidenten zu verhandeln. (W. T. B.)

#### Gerüchte über eine Regierungskrise in Frankreich.

Glossar: Großbericht der „Dresden Nachrichten“)

Frankfurt a. M., 12. Nov. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris: Die heile Unzufriedenheit der rechtlichen Kreise mit den vorgelegten Ausführungen Poincarés über die innere Politik der Regierung hat den Konservativen einen in nicht allzu ferne Zeit zu erwartenden Regierungskrisen neue Nahrung gegeben. In Kreisen, die als gut unterrichtet gelten, rechnet man mit der Möglichkeit eines Kabinettswechsels noch vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 12. Nov. Auch der „Deutsche Almanach, 1912“, wird aus Paris gemeldet, daß sich in nächster Zeit in Paris Neuberechtigungen ereignen würden. Die Kammerdebatte und die beiden Reden Poincarés hätten nicht zu einer Festigung seiner Stellung beigetragen. Man spricht immer denklicher von der Möglichkeit eines Kabinettwechsels von der Sonnenburg oder Bivian. Die vor drei Tagen von Sonnenburg gehaltene Rede habe in Frankreich allgemein unzufrieden Beifall gefunden und sie werde von gewissen Kreisen als eine Programmsrede angesehen. Das angedrohte dieser unklaren inneren und äußeren Vore zu zunächst Deutschland der Feindzüge sein werde, ist sicher. Die Reparationskommission sei bereits nachmittags zusammengetreten. In ihr nahelebenden Kreisen werde ver-

sichert, daß sie unverzüglich an Deutschland lehr schwere Bedingungen stellen werde, sie die nur eine ganz kurze Frist gesetzt werden. — Trotzdem gab auf Grund von Gerüchten über einen eventuellen Rücktritt des französischen Ministerpräsidenten der Dollar heute kurz vor 2 Uhr nach und ging auf 7800 Franc zurück.

Diplomatischer Konflikt zwischen Rußland und Polen.  
Moskau, 12. Nov. Aufgrund der Weigerung Polens, das Abstimmungsschreiben des russischen bevölkerungsreichen Kreises Obojenski entgegenzunehmen, hat der Russischen Telegraph-Agenitur auf folgende Note nach Warschau gerichtet, die darauf hinweist, daß der bestehende Aufstand mit dem Rigaer Vertrag nicht zu vereinen sei. „Riga“ betont, daß der entstandene diplomatische Konflikt nicht als Bruch der diplomatischen Beziehungen angesehen sei. (W. T. B.)

#### Ungarisch-russische Wirtschaftsabschlüsse in Berlin.

Wo bleibt die deutsche Industrie?  
Berlin, 12. Nov. Von unbestrichener Seite wird mitgeteilt, daß in Berlin Verhandlungen zwischen einem Kreis der bekannten ungarischen Industriellen und dem Reich und der russischen Sonderagentur abgewickelt werden. Beide Seiten haben sich auf einen Vertrag von 1 Milliarde ungazistische Kronen nach Serbien und Russland geeinigt werden. Die Verhandlungen sollen direkt vor dem Kabinett stehen.

## Der Verlust des Völkerbundes, Österreich wieder aufzubauen.

Von Dr. Karl Renner, Staatsfachberater a. D.

Tat 22 der Reichsrat für Wirtschaft „Der Wiederaufbau“ bringt als Epilogarikel einen Aufruf von dem lebenden österreichischen Staatsmann Dr. Karl Renner, der mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen des vom Völkerbund für Österreich belasteten Kreditabkommen verläßt. Dr. Renner hält diesen Aufruf, dem ersteren österreichischen Staatsmann der Reparationskommission des Völkerbundes deshalb für besonders bedeutungsvoll, weil sein Aufruf darüber bestehen kann, daß hier ein Muster geschaffen ist, das auf andere Staaten übertragen werden könnte. Die Ausführungen des Verfassers geben von dem Gesichtspunkt aus, daß die österreichische Krise nicht durch Reparationszahlungen hervorgerufen oder verstärkt ist, denn sie im Artikel 20 des Vertrags von Saint-Germain voneinem Unterabkommen der Reparationskommission ist nämlich aus Wien abbezogen worden, da die Reparationen nicht an den war. Dr. Renner sieht den Ausgangspunkt für die österreichische Wirtschaftskrise darin, daß Österreich durch den Friedensvertrag auf einem verblümten Ministerialstörer geworden ist, der überhaupt nicht in der Lage ist, selbständig zu existieren.

Dr. Renner lädt dann fort:

Österreichs Wirtschaft ist stark und also ist es auch der Staatshaushalt. Der Völkerbundspolitik geht daher von der Voraussetzung aus: Stellt man mit gesamtwirtschaftlichen Eingriffen das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder her und erwirkt man die österreichische Volkswirtschaft eine goldbedeckte Note auf, wird auch die Volkswirtschaft Österreich neustanden. Bis ob nicht Defizit und Währungskurs die Folgen der Herstellung einer stabileren Wirtschaftlichkeit machen? Um das enorme Defizit im Staatshaushalt von 227 Mill. Goldkronen zu befehligen, müssen im Jahre 1923 die Ausgaben für das aktive Personal an Staatsbediensteten um 20 Prozent vermindernd oder jeder fünfte Angestellte auf Platz geworfen werden. Ende des Jahres 1924 soll jeder dritte Angestellte aus dem Dienste entlassen sein. Was mit dem „Abgebauten“ zu geschehen habe, und wozu ihre Familien leben sollen, bleibt ihnen selbst überlassen. In zwei Jahren wären die Staatsausgaben von 227 auf 287 Mill. Goldkronen einzuschränken. Eine solche Reduktion der Staatsmaschine, wie sie Österreich erlauben soll, ist wohl ohne gesellschaftliche Existenz vernichtet werden müssen, wenn dieses Experiment gelingen soll. Es ist aber auch keine Krise, daß die Republik zahlreiche öffentliche Aufgaben, welche einen modernen Fürstene- und Autarkiestaat kennzeichnen, einfach streichen und auf solche Hilfsorgane und Kultur nach verzichten müssen.

Tomit der Staat diese Selbstversummung, welche zu vollziehen die Welt und die Mittel gewinne, soll ein auswärts Anteil aufzubringen werden, um in den Dienst dieser Ausdrücke stellt sich der Völkerbund. Seine Bedeutung wird nicht nur durch die garantierenden Mächte, sondern auch durch die verschieden österreichischen Reaktionen und Errungen des Tabakmonopols bestimmt. Diese Konstruktion erinnert insoweit an die Dette publique des österreichischen Reiches.

Insoweit überschreitet die hier einerseits Kontrolle über historischen Vorbild nicht. Dieses Programm vereinigt die gesamte österreichische Wirtschaft. Es trifft auch großen Teile auch die Privatwirtschaft und ist dadurch garantiert, daß der Generalkommissär die erwähnten internationales Kredite nur ratenweise ausstellt und, wenn er vermeint, daß die Republik mit der Durchführung im Vertrage ist, die Auszahlung auch einstellen kann. Da der Auslieferung anstrebt verbietet ist, sich auf anderem Wege Kredite zu verschaffen, so ist sie dem Generalkommissär auf Größe und Umfang ausgeschlossen, es bleibt ihr nur der Appell an den Völkerbund.

Für eine so weit gehende Unterstellung eines souveränen Staates unter eine auswärtige Macht besteht wohl kein geschichtliches Beispiel. Da diese Kontrolle wohlmeint und selbstlos geführt, so kann sie mit der Bormundswelt über einen Umländer verglichen werden, machen sich politische und wirtschaftliche Interessen des Bormundes gelöst, so ist sie mehr der Sklaverei verfallen. Es ist kein Wunder, daß sich viele Teile der österreichischen Bevölkerung gegen eine solche Kontrolle auflehnen. Auch die Regiole und Provinzen haben, als sie die Wohlthat und Freiheit nötig erachtet, ernste Sorge ergriffen. Es handelt sich höchstlich um eine Operation auf Tod und Leben, wo jeder Sultanat das Ende bedeuten kann. Kann ein Regierungsvertreter nicht kennen, aus welchen Mitten Entfernung die Operation durchzuführen? Solche Gedanken hätten den Rat des Völkerbundes veranlassen müssen, die Zusammenarbeit des Kontrollen mit der Polizeiverwaltung und vor allem die Mitarbeit aller Parteien des Parlaments zu fordern. Statt dessen hat der Völkerbundstat die Ausübung des Parlaments und die Übertragung einer auswärts militärischen Gewalt auf die Regierung in das Protokoll 3 aufgenommen: Ein ausreichend und fülliges Kabinett wird nur mit Widerstreben eine Kontrolle von der Art auf sich nehmen, wie sie die Deutschen publique Ottonen über die Türkei verhängte. Dazu kommt endlich, daß das Protokoll 1 der österreichischen Kreditkonvention das Verbot des Abschlusses Österreichs an Tschekoslawien wiederholt und verstärkt. Es darf sich daher das Ausland nicht wundern, wenn ein Akt, der von seinen Gebern als Hilfe und Rettung gedeckt war, von einem in grohem Teil Österreichs mit leidenschaftlichem Protest aufgenommen wird.

Wirkt man die Genfer Kreditkonvention von einem Standpunkt, der das Recht der deutschen Nation in Europa zu überwinden sich bemüht, so wird man nicht ohne Schmerzen wahnehmen, daß neuerdings ein Stück deutsche Erde und deutsches Volk unter fremder Herrschaft kommt. Österreich wird, wenn auch in anderen Formen, eine Provinz des Völkerbundes, wie das Saargebiet oder wie Dalmatia, und wer hinter dem Völkerbund versteckt steht, ist ebenso ungewiß, wie gewiß ist, wer hinter ihm heute steht. Zugleich hat dieses Muster, wie es scheint, auf manche Kreise der Entente verlockend gewirkt und sie glauben, in ihm ein Vorbild zu erkennen, nach dem man auch Deutschland behandeln könnte. Noch ist unbekannt, ob die Genfer Vereinbarungen unverändert in Kraft treten, noch ist nicht vorzusehen, wie sich im Ersten der Völkerbundregime gestalten wird, ob es Rettung und Freiheit oder ob es die völlige Abhängigkeit bringt — sicher aber ist das eine: die Genfer Konvention wird zunächst Schritte auf dem Weg, den die deutsche Nation in Europa noch zu geben hat.

#### Russisch-rumänische Grenzkrieges.

Moskau, 12. Nov. Russische Telegraph-Agenitur. Im Zusammenhang mit der Einladung Rumäniens zur Friedenskonferenz mit den Balkanstaaten botte die rumänische Regierung an Tschetschen eine Note mit der Erklärung gegeben, daß Rumänien die Wiederherstellung autonome Beziehungen zu Moldau wünsche. Dies könnte durch die Schaffung einer Mährisch-Brenniste, als welche die rumänische Regierung die Dreiländerecke betrachtet, erreicht werden. Tschetschen hat diese Note dahin beantwortet, daß diese von beiden Ländern akzeptierte Grenze nur der Preuß ist können. Die rumänische Regierung müsse den Vertrag vom 8. März 1918 einholen, der Rumänien verpflichtet, Becharabian binnen einer Frist von drei Monaten zu räumen. Die russische Regierung wird sich nie vor Gewaltmaßnahmen befehligen, wenn sie auch von einzelnen anständlichen Regierungen, die damit über freies Eigentum verfügen, befehligt würden. Tschetschen halte die rumänische Regierung auf die Einladung an die rumänische Regierung aufrecht, an den Friedenskonferenz teilzunehmen.

# Kommunistische Ausschreitungen in Düsseldorf.

## Energetische Gegenmaßnahmen des Regierungspräsidenten.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten")  
Düsseldorf, 18. Nov. Heute nachmittag schien sich die Ausschreitungen fort. Die Kommunisten und Sozialisten hatten sich an das Bechammatzschloß des Regierungspräsidenten nicht gehalten, so daß die Schupo gegen die Demonstrationen vorgehen mußte. Es kam zu schweren Ausschreitungen, die zur Beschränkung von Deuterdörfern und zu Plünderungen von Geschäften führten. Der Regierungspräsident hat energetische Maßnahmen ergriffen, um die Ausdehnung der Unruhen für den Abend zu verhindern.

Düsseldorf, 18. Nov. Um Pausa des heutigen Vormittags wurde hier eine Reihe weiterer industrieller Betriebe durch von außen stehende Arbeiter stillgelegt. Von Werk zu Werk ziehende Truppen zwangen die Arbeitnehmer zum Bleiben. Eine kommunistische Versammlung am Hindenburgwall wurde von der Polizei verbündet. (W. T. B.)

### Stilllegung des "Düsseldorfer Tageblatts".

Düsseldorf, 18. Nov. Heute nachmittag drang in die Gewölbekammern und Druckerträume des "Düsseldorfer Tageblattes" eine Reihe Kommunisten ein, meiste halbwüchsige Jungen, und erzwangen die Stilllegung des Betriebes. In den Druckerträumen wurden einige Schäfte umgeworfen. Es wurden Blei, Bleider, Schuhe usw. gestohlen. Die Sitzung konnte nicht erscheinen. Nach einer Viertelstunde zog der Trupp wieder ab. (W. T. B.)

### Hungerrevolten in Mühlheim und Ehrenfeld.

Köln, 18. Nov. Die Ausschreitungen, die Freitag abend in dem Vorort Kalk begonnen haben, sind am Sonnabend fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages

auch auf die Vororte Mühlheim und Ehrenfeld übergegriffen. In einigen Geschäftsräumen wurden Fensterläden zerstört. Einige Beamte, die eingesperrt waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit der blanken Faust wehren mußten. In Ehrenfeld gab es ein Polizeiwachmeister, den die Menge vom Pferde reißen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer bestellter Beamter wurde mit einem Messer angegriffen. Einzelne Teilnehmer schrien "Hunger" und belästigten die Beamten. Schließlich wurde die Menge zerstreut. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. (W. T. B.)

## Bücherkrawalle in Hannover.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten")

Hannover, 18. Nov. Am Sonnabend vormittag kam es in der Markthalle der Altstadt zu Bücherkrawallen. Einem Händler, der 1800 Mk. für das Pfund Wollstoffblätter forderte, wurden die Körbe umgedreht und die Butter weggenommen. Einem anderen Händler, der 1100 Mk. forderte, erging es ebenso. Das Publikum nahm sich die Butter ohne Bezahlung. Eine Gestaltbändlerin mußte unter polizeilichem Schutz aus der Halle gebracht werden. Die Erregung der Menge war groß, doch konnte die Schupo die Ordnung wieder herstellen. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Die Loslösungsbestrebungen Hannovers von Preußen.

Hannover, 18. Nov. Die aus dem ganzen hannoverschen Lande zahlreich befreite Generalversammlung der Deutschen Hannoverschen Partei hat am Sonntag die sofortige Einreichung eines Antrages auf Abstimmung zum Zwecke einer Trennung Hannovers von Preußen beschlossen. (W. T. B.)

## Ueberstritte zu den Deutschnationalen.

Berlin, 18. Nov. Wie die "Ueberstritte" von parlamentarischer Seite erscheint, sind einige Vertreter der gelben Gewerkschaften, die sich bisher als Abgeordnete zur Deutschen Volksparcie zählen, aus der Partie ausgeschieden und haben, so der Landtagsabgeordnete Gehler, ihre Aufnahme in der Deutschnationalen Volksparcie nachgefordert. Die Deutschnationalen haben sich aber bisher noch nicht entschieden können, dem Übertritt dieser Abgeordneten in ihre Partie zugestimmen.

### Die Verfolgung Staatsgefährlicher Bestrebungen.

Berlin, 18. Nov. Der amtliche Preußische Preisdienst teilt mit: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in München, mit der sich in Norddeutschland die in ihren Anfangen geschaffene Nationalsoziale Vereinigung identifiziert, verfolgt auch ihrem öffentlich bekanntgegebenen Programm geheime Bestrebungen. Das vor kurzem von der Partie herausgegebene Kampftafel "Dr. Wirth, unser Reichskanzler" enthält die härtesten Beschimpfungen des Kanzlers und eine Herabmündigung der republikanischen Staatsform. In weiteren Selbstorganisationen hatten sich in der letzten Zeit u. a. der Selbstschutz Charlottenburg und der Heimatbund Brandenburg bemerkbar gemacht. Maßnahmen zu einem Verbot dieser und ähnlicher Verbände sind teils bereits getroffen, teils stehen sie unmittelbar bevor. (W. T. B.)

## Deutscher Reichstag.

Drahtmeldung unseres Berliner Schriftleiters  
Berlin, 18. Nov. Das Haus ist schwach besetzt. Ein Antrag des Reichsministers des Innern auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung mehrerer kommunistischer Abgeordneten wegen Verbindung von Abgeordneten an der Ausübung des Mandats wird dem Gesetzesausschus überwiesen. Es handelt sich um die Vorgänge anlässlich der Ermordung Rathenaus, als im Reichstagsabgängersaal vor Beginn der Sitzung sich einige Zwischenfälle ereigneten. Nach Ablehnung verschiedener Anträge auf Strafverfolgung wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Bazzile (D. A.) erteilt.

Auf der Tagesordnung steht die sogenannte örtliche Interpellation betr. die Rechtsprechung des bayerischen Volksgerichts in München im Landesversatzprozeß Fehrenbach. Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklärt, daß die Interpellation in der üblichen Art beantwortet werden soll. — Das deutsch-polnisch-schlesische Bergwerksabkommen wird einem 14-stündigen Ausklang überwiesen. Das Jugendgerichtsgesetz geht an den Reichsausschuß. — Daran verträgt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Antragen, sobald Rendierung der Geschäftssordnung. Interpellation Marx (Bezirks), über die Not der deutschen Wissenschaft. Ein Antrag Schulz (D. A.), auf die Tagesordnung auch die Enthegenehmigung einer Erklärung der Reichsregierung zu sehen, wird gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien abgelehnt. Wie der Präsident mittelt, wird diese Erklärung erst an einem späteren Tage erfolgen. — Schluß 4 Uhr.

## Adolf Bartels.

Zum 60. Geburtstag.

In seinem Wohnsitz Weimar geht der Dichter und Literaturgeschichtsschreiber Adolf Bartels am 15. November seinen 60. Geburtstag. Er steht also in der Reihe der Männer, die, wie Hauptmann, Schubert, Holtz, jetzt das sechste Lebensjahrzehnt abschließen und also vor einem Menschenalter die „Jugend von heute“ waren. Die neunzig Jahre des vorherigen Jahrhunderts waren ihre Blütezeit und legten den Grund zu ihrem Schaffen und ihrer weiteren Entwicklung. Bartels kann als Dichter nicht den gleichen Anspruch auf Eleganz und Wirkung wie jene Erfolgreichen erheben, aber er hat doch je bedeutende Werke wie den Roman „Die Dithmarscher“ und die dramatische Trilogie „Martin Luther“ aufzuweisen, mit denen er nach einer Meinung immerhin zu seinem Rechte gekommen ist. Der jungen Generation von 1890 trat er verhältnißmäßig sehr nahe. Er machte die Bekanntschaft Hermann Centralis und Otto Erich Hartleben in Leipzig, wo gerade damals der junge Most auf helllichten Partys. Bartels ließ sich nicht in die „Literaturrevolution“ hineinziehen. Ein Aug' früher Besinnlichkeit verbot ihm das. Er war „Selbstkritiker“, an der Universität nur Höre, aber in allen Gebieten des literarischen Schaffens seit Kindesbeinen ein kritischer Kritikus und darum als trockener „Kenner“ von vornherein etwas skeptisch. So erkannte ihm das literarische Treiben der Jüngsten bald als dunter Bazarmarkt der Eitelkeiten und Menndahn des Chrüzels und er verspottete es in seinem satirischen Opus „Der dumme Teufel“. Der norddeutsche Schlossersohn war aus anderem Metall als die meisten der achtzigjährigen Literaturrevolutionäre. Er fühlte das Blut der freien Dithmarscher in sich und empfand eine starke Kampflust als Erbteil des germanischen Blutes, auf das er stolz ist. Gern betont er, daß er in Gebürtig Geburtsort Wessobrunn geboren ist, und Hebbel ist auch sein Väther geblieben auf seinem Wege durch die deutsche Dichtung. Selbst seine Jugendentwickelung schien ihn auf ähnliche Bahnen zu führen wie Hebbel. Er konnte seine Schulstudien nicht abschließen, hantierte unter Unternehmungen auf eigene Faust weiter, räubte den freien Schriftstellerberuf und seine Sorgen wurde amtschuldurch Schreiber auf dem Amtsgericht seiner Heimat, dann freier Student in Leipzig, Journalist und Kritiker und rang sich dann zu dauerhafter Arbeit als Dichter und Literaturhistoriker durch.

Man verleiht aus diesem Bildungsroman das Karikaturwerk immer in Urteil und Weltanschauung bewiesen hat

Er stellte sich in scharfen Gegensatz zu den herrschenden Meinungen und Schulen und prägte alles an seinem starken nationalen Gefühl. Den „Methoden“ der Korruption gegenüber hielt er für die Dichtervertretung immer die angeborene ästhetische Begabung für ausdrucksvoll und gab auf die geräumige Methode, etwa die Schopers, nicht viel. Das war aber dann seine Stärke, wo es galt, daß keine Deutschtum aus den Erscheinungen auszuholzen und ward seine Schwäche dort, wo seine ästhetische Begabung verfehlte Wirkungen gegenüber verlor. So kam er zu seiner klaren Betonung des „völkischen“ Weltens auf der einen Seite und seiner oft übertriebenen „Decadence“-Witterung auf der anderen Seite. Bekanntlich schreibt Bartels alle verderblichen Einflüsse in der deutschen Dichtung dem Judentum zu und hat dabei in seiner Romantisierung gegen Heine die Grenzen deutscher Freiheitsgefühls schon in der verhüllten Form des Buches weit übertritten. Aber seine beiden literaturgeschichtlichen Hauptwerke, die „Geschichte der deutschen Literatur“ und die „Deutsche Dichtung der Gegenwart“ haben das Verdienst reinlicher Scheidung der Geschlechter.

Mit der heutigen Literaturgeschichtsschreibung ist es so eine Sache. Die herrschende Hochstil ist kein gutes Zeichen für unsere Stellung zur lebendigen Dichtung. Mehr als er zeigt den meisten das Urteil des Historikers das eigene Urteil und nimmt ihnen die Unbefangenheit des Genusses. Aber das Bedürfnis nach Überblick und Ordnung der Kleinstmassen ist groß. Solche ordnende Arbeit vor allem hat Bartels geleistet und er hat manchen glücklichen neuen Gesichtspunkt der geschichtlichen Betrachtung gefunden. So ist besonders seine Schilderung des älteren Zeitalters unserer Dichtung und seine Würdigung der großen „poetischen Realisten“ der sechziger und siebziger Jahre förderlich gewesen. Die Künigkeit des behändigen Poetismus, der gewissen deutscher Schulmeisterstil den Dichtern gegenüber, die nicht ganz artig gewesen sind, und andere rein künstlerisch empfindenden Menschen reinliche Nüchternheiten sind bei Bartels besonders fühlbare allgemeine Fehler. Demgegenüber muß sein Eintritt in die Heimatdichtung und Schönheit der dichterischen Persönlichkeiten in die Magistrale gezeigt werden, um den hohen Wert seines mutigen Kampfes für Goldstaud und Würde der Kunst voll zu empfinden.

Bartels hat auch den Kampf mit der Egoismus nicht geschenkt. Er vertritt durchaus den Standpunkt, daß eine Geschichte der Literatur der Gegenwart innerhalb gewisser Verhältnisse möglich und nötig sei, und hat seine Studie „Die Alten und die Jungen“ von 1896 zu einem Buch ausgebaut, das heute unter dem Titel „Die

## Der Sächsische und Sachsisches.

### Die Auseinandersetzung des Sachsischen Staates mit dem früheren Königshause

Es liegt so weit voraus, daß dem demnächst zusammenkommenden neuen Landtag ein Gesetzentwurf über diese Materie von der Regierung unterbreitet werden wird. Die wesentlichen Geschäftspunkte dieser Vorlage sind folgende: Dem sächsischen Staate verbleiben die Schlösser in Dresden und Pillnitz mit Ausnahme des dort befindlichen persönlichen Mobilars des Hauses Wettin. Das Eigentumsrecht des Staates wird durch die sächsische Verfassung vom Jahre 1830 begründet; darin heißt es, daß die beiden Schlösser wie auch die früheren königlichen Sammlungen „unterstand vom Staate“ sind. Von diesen Standpunkten aus wird auch die „Sächsische Kunstsammlung“, welche die Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett, die Skulpturen Sammlung, das Grüne Gewölbe, das Historische Museum mit der Gewehr Galerie, die Porzellansammlung und die naturwissenschaftlichen Sammlungen umfaßt, Sachsen Hauptstadt erhalten bleiben. Eigentum des Königsbaues bleibt, das gegen Schloß Moritzburg und Villa Streichen. Die Eigentumsverhältnisse an dem Palais des Prinzen Johann Georg auf der Singendorfstraße sind bereits vor einiger Zeit zugunsten der Sekundogenitur geregelt worden.

### Darf ein Minister kritisiert werden?

Das Leipziger Schöffengericht hatte am Freitag eine Frage zu entscheiden, die für die gesamte Presse in Sachsen und auch im Reiche von grundlegender Bedeutung ist. Genauso doch darum, ob die Pressefreiheit auch eine abfällige Kritik der Regierung duldet, oder ob das Gesetz zum Schutz der Republik eine solche Kritik nicht mehr gestattet. Der sächsische Justizminister Lipinski hatte schriftlich dem Chefredakteur der "Neuen Leipziger Zeitung", Dr. Marckwitz, wegen Beleidigung verklagt, die in einem am 5. Juli d. J. in Nr. 185 der "Neuen Leipziger Zeitung" veröffentlichten Artikel, "Drei Warnungen" übersehen, zum Ausdruck gekommen sein soll. In dem betreffenden Zeitartikel steht es, es sei unerhört, daß der Minister bei den bekannten Unruhen in Zwickau mit dem ungemeinigen Aktionssaal verhandelt habe. Lipinski habe sich nicht nur durch die Ausdrücke „fursätzlicher Parteifunktionär“ und durch die Wörter, daß sich bei ihm Kreis genommen, die Vorwürfe bestätigt, sondern auch durch die Kritik an seiner Haltung gegenüber den Zwickauer Unruhen überhaupt, und hatte dicherthalb die Beleidigung erhoben. Der Amtsauftakt stellte sich auf den Standpunkt, daß das Vorgehen Lipinskis zweckmäßig und vom Gebot der Stunde dictirt gewesen sei. Er beantragte Bestrafung wegen Beleidigung. Die Verhandlung endete mit einem Freispruch des angeklagten Chefredakteurs. In der Begründung des Urteils stellte das Gericht fest, daß der Artikel nur Parteileute enthalte, eine Beleidigung nach § 185 des St. G. B. läge nicht vor. Auch inhaltlich liege keine Beleidigung vor. Lipinski sei nicht der Vorwurf gemacht worden, daß er überhaupt als Staatsmann untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikelschreibers streng genommen habe Lipinski dem Schutzgeley zuwider gehandelt, sei rein logisch als Meinung nicht von der Hand zu weisen und deshalb keine Beleidigung. Eine Abstift, den Minister untauglich sei oder immer als fursätzlicher Parteifunktionär handele. Im demokratischen Staate seien die Minister Beaustände des Volkes, eine schriftliche Kritik an ihren Handlungen sei im Interesse der Allgemeinheit erlaubt und keineswegs bezwecke diese eine Heraushebung der Persönlichkeit. Die Ausführung des Artikels



Der Verein unterhält in der 8. Volksschule, Georgplatz 4, Zimmer 30, Leitungsbüro. Nähre Räumlichkeiten erhielt der Vorstande Bureaulektor Paul Lohmeyer 1. 2. Geschäft (Vorstand).

Die Annen-Schule veranstaltete am 8. November einen Elternabend, an dem zuerst Studenten Dr. Steinert einen Vortrag über den Gegenstand "Auf der Bildungsweg von Regensburg bis Wien" hielten. Der Vortragende schilderte die Gegend an der Donau unter Hinweis auf die im Bildungsweg auftretenden Personen in geschichtlicher und geographischer Hinsicht, wobei Bilder aus der historischen Bildungsrichtlinie durch Studenten Dr. Höglund vorgeführt wurden. Hieraus sprach der Schularzt der Annen-Schule Medicinalrat Dr. Leonhardt "über die sexuelle Belohnung der Jugend". Er schilderte die der Jugend vorhandenen Gefahren und erläuterte, wie durch Zusammenwirken von Eltern, Lehrern und Kindern diese Gefahren beseitigt werden könnten. Zum Schluß behandelte der Rektor der Schule Oberstudienleiter Dr. Rohmann zahlreiche Probleme aus dem Schulleben, über die aus Elternkreisen Aufklärungen erbetet worden waren. Er sprach über die Handlungen der Schüler, über die zeitliche Verteilung der Unterrichtsfürden, über die Maßnahmen der Schule mit Blick auf die zunehmende Feuerung, über die Schulbücherfassung und über die der Schule noch liegenden Einrichtungen für die chemischen Schülerübungen.

Das Blattwerk der Annen-Schule soll am 30. November im Gemeindehaus abgehalten werden.

Die Dresdner Lieberia hat am Freitag ihren zahlreichen Festlichkeitern einen prächtigen Familienabend, der mit Viedern zur Tante (Frau Anna Fisch), Gejüngern am Klavier (Herr Bräde vom Nebenbühntheater und Frau Weimann), Frauen- und gemischten Chören unter Leitung von Herrn Buch eingeleitet wurde und mit Sichtbildern über Vereinserinnerungen von Dokt. Peter und einem fröhlichen Tanz (Schloß), dem sich ein flinkes Kinderballer unter Beifallreicher Galatei einfügte.

Ein Dienstagabend organisierte der Kleinrentner findet heute, Dienstag, 4 Uhr, in Aulicus Union-Hotel statt. Die Notlage des Kleinrentner ist so groß, daß rasche Hilfe nötig. Käuflicher Laden werden Frau Peter-Nitsch und Herr Gablik von der Stadtverordneten und Herr. Senf-Gerold (Vortrag erster und letzter Gedichte) bieten. Die Einnahmen fließen durchweg — selbst die Kellner verzichten gänzlich auf ihr Bedienungsgeld — der Hilfskasse für die Kleinrentner.

Niklas Sarrasani Hans Stolz-Sarrasani ist von der Sächsische, die ihn durch 20 deutsche Städte führte, nach Dresden zurückgekehrt und bringt nicht weniger als 16 vollkommen neue cireenische Akte mit. Dresden wird als einzige deutsche Stadt außer Berlin in diesem Winter Birkuspielen klassischen Stiles sehen, nachdem 90 Prozent der deutschen Birkusunternehmen gleich den Zoologischen Gärten jetzt ihren Betrieb haben einstellen müssen. Um das Durchhalten des kostbaren Tierbestandes zu ermöglichen, hat Direktor Hans Stolz-Sarrasani die Kaiserwährung eingeführt, derart, daß für je vier Pfund Kaiser je ein Trödelmark vergütet wird. Auch bietet er die Dresden Bewilligung, ihm dadurch zu unterstützen, daß ihm Käuflichkeitsschalen in größeren Mengen gebracht werden, die als Auslaßtütze verarbeitet werden können.

Mittwoch Nachmittag, 15 Uhr, im Aulicus Union-Hotel, der angeblich größere Unterschlagungen begangen hat.

Wadens. Handels- und Sprachschule hat soeben den Projekt Mr. Ober 1928 herausgegeben, der die von der Pflichtschule besuchenden Klassen für Fortbildungsschüler behandelt. Die Kunden haben eine höhere kaufmännische Fortbildungsschule mit dreijährigen Studiengängen im ersten und 10 Wochenenden im zweiten Jahre, sowie eine dreijährige Abteilung für Lehrlinge mit wöchentlichen 100 Stunden. Nur Mädchen wird nur die gehobene Abteilung erzielen. Für den Monat Oktober 1928 ist als Grundpreis für die Fortbildungsschule das Abhebe des Abreisepreises — 1000 Pf. monatlich — angelegt. Von da ab steigt aber fällt das Schulgebäude in höheren Stufen, in den die Schergeschäfte erhöht oder verabschiedet werden.

Das Knabengymnasium befindet am 15. d. M. Direktor Ulrich seine Wahlzeit. Während der Winterszeit wird von jetzt ab nur noch an Sonn- und Feiertagen gepflegt, und zwar geben om 10. und 15. d. M. die Dresdner Knabengymnasialer Vorstellungen. Die Einschulungszeit ist wesentlich herabgesetzt.

### Vereine und Veranstaltungen.

Vortrag: Heute, Dienstag, abend 8 Uhr hält Pastor Hildig im Gemeindesaal der Pfarrkirche, Johannisstraße 21, seinen nächsten Vortrag über: "Die liturgischen Grundlagen und Grenzen des Rechts auf das Eigentum".

Gemeindliche Gemeinschaft. Von 14. bis 22. November abends 10 Uhr hält Prediger Döllmeyer im Gemeindesaal des Adelheidstraße 7. Vorstände der Gemeinde sind ebenfalls nachzuhören. 5 Uhr Übelschunden durch den gekommenen Prediger.

Gesangverein. Heute, Dienstag: Monatsversammlung und Tour. Abend.

Spitzenfestsverein und Bürgersverein neu- und Altersabteilung. Morgen, Mittwoch, Samstagabend auf der Waldschlößchen-Terrasse.

Weißauer Gymnasium: Das Schuler-Orchester veranstaltet morgen, Mittwoch, ab 8 Uhr, im Saal des Schule ein Konzert zum Geben der künstlerischen Ausstattung der Schule. Freunde Schuler, Schüler und Freunde der Kunst sind herzlich eingeladen.

Ein ironisches Urteil über Gerhart Hauptmann und Max und der Gerhart-Hauptmann-Verein, die dem 80. Geburtstag des Dichters vorzugehen, gibt Maurer Kurek, ein guier, wenn auch durchaus nicht unvorbereiteter Kenner der deutschen Literatur, eine dichterische Wertung seines blühenden Werkes, und wenn wir auch gewiß dieses Urteil nicht unterschreiben werden, so ist es doch interessant, zu sehen, wie diese hervorragende Persönlichkeit in der Fremde und gerade im heutigen Frankreich gewertet wird. Wir sehen ab von der Stellung während des Krieges, die der Franzose natürlich auch bei Hauptmann nicht einwandfrei findet, und beschranken uns auf seine ästhetische Betrachtung. "Ein wesentlich aufnehmendes und auch schwungendes Genie, von weiblicher Beweglichkeit und Feinfühligkeit", heißt es da, "hat Gerhart Hauptmann keine Dramen nach seinem Willen geschaffen. Es ist schwierig unter seinen Werken sein Meisterwerk zu bestimmen. Muß man überhaupt annehmen, daß er eins geschaffen hat? Er hat sich in den verschiedenen Gattungen versucht, immer mit einer glänzenden Rührung, manchmal mit glücklichem Erfolg, aber hat er etwas vollkommen Vergnügtes und Vollendetes gegeben? Er hat sich erst dem Naturalismus gewidmet, dann dem Symbolismus mit der "Verlorenen Blüte". "Gipsa tanzt" usw. Man sah in verschiedenen Teilen, wie in "Dantes Himmelsfahrt", wie er mit Glück diese beiden Formen verband, aber er schuf noch keinen Bewundern und dem deutschen Theater das harmonische, vollständig persönliche und einfach schöne Werk, das seinen Namen unsterblich erhalten soll. Es gibt übrigens zahlreiche Deutsche, die dieses Werk von dem Dichter nicht mehr erwarten, der trotz allem ihr grübler dramatischer Schöpfer bleibt. Seine neuen Werke bedeuten selbst für seine eigenen Enttäuschungen. Die letzten Stücke Hauptmanns verfügen eine erwidende Kraft und eine wachsende Schönheit. Hauptmanns Ansprüche liegen in einer Zeit, da Ibsen triumphierte, Ibsa seine Romane in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitete, da der russische Roman in Mode war und die Philologie Schopenhauer die geliebte Atmosphäre erfüllte. Man muß sich diese Elemente, aus denen die Kunst Gerhart Hauptmanns sich bildete, vor Augen halten, wenn man ihn verurteilt, gerecht zu ordnen und zu urteilen will. Er wird in der örtlichen Diskussion fortsetzen als der Walter und Dichter des menschlichen Lebens, dem er Ausdruck verlieh in der Form seiner "Methode des Kästchens", die am Ende des vorigen Jahrhunderts triumphierte."

Ein deutschstämmliche Goethe-Spende. Wie aus Prag gemeldet wird, hat der Verein für Kunstsammlung in der deutschstämmlichen Stadt Russland in seiner diesjährigen Haupt-

### Umställche Bekanntmachungen.

#### Neue Gesetze und Verordnungen.

In der Stadtkanzlei, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 2. Obergeschoss, Zimmer Nr. 242, liegen die Reichs- und Kreisgesetz, Teil I Nr. 70 bis 72 und Teil II Nr. 20, aus Güns aus. Sie enthalten: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Verordnung vom 18. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Verordnung vom 17. Oktober 1922 über sämtliche Dienstmittel; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Zeugungsanstalt und der Einzugsanstalt im Gesetz über Trennungsmaßnahmen für Militärs; Verordnung vom 10. Oktober 1922 zur Änderung des § 2 der Verordnung über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 27. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Herrn liegt Nr. 40 des Sächsischen Gesetzbuches aus Güns aus. Sie enthält: Verordnung vom 14. Oktober 1922 über die Vorbereitung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 14. Oktober 1922 über die Einschätzung an verlesene Beamte; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Aufzähldung des § 4a des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 19. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Für die kontrollierende Prüfung: Verordnung vom 19. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abrechnungsstelle im Reichsgericht; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Abrechnung des Reichsgerichts; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über Verlängerung der Gelungsdauer von Demobilisierungsverordnungen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 über die Erneuerung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 16. Oktober 1922 über die Gründung der Unterabteilung für Metallwaren- und Angelehnungsversicherung; Gesetz vom 27. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Gründung der Gewerbe- und Handelskammer für Sachsen; Gesetz vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für den höheren Justizdienst; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für Beamte und Sachverständige; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung der Verordnung für die Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften; Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Änderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Wiederaufbau aus der Ernte 1922; Zweite Verordnung vom 26. Oktober 1922 zur Ausführung der Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Abholungsmitteln vom 12. Oktober 1922; Gesetz vom 25. Oktober 1922 über die Feststellung eines Mindestpreises zum Weltmarktpreis für das Rechnungsjahr 1922.

Zur Einsicht aus: Sie enthält: Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1922 über die Errichtung einer Abre







# Börsen- und Handelsteil.

Die Börse von Dresden, Berlin und Leipzig bleiben heute, Dienstag, geschlossen.

## Dresdner Börse vom 13. November.

Nach der ziemlich schwachen Erholung, die am letzten Freitag an der gleichen Börse auftrat, legte sich heute wieder eine allgemeine Erholung durch. Das Geschäft selbst war aber wesentlich ruhiger geworden, abgesehen von einigen Spezialwerten. Neuerlicher lebhafter Interesse befandets sich auf dem Rentenmarkt, wo u. a. 5%ige Kriegsanleihe den Paratur erfreuen konnte, der allerdings im variablen Handel sich nicht aufrecht erhält, da noch ein ziemlich großer Posten zum Verkauf gestellt wurde. Auch für Sparpäckchenanleihen bestand lebhafte Nachfrage, die den Kurs bis auf etwa 128% brachte. Ferner waren Städteanleihen und Pfandbriefe der Hypothekendarlehen sehr gefragt. Bei dem verhältnismäßig kleinen Angebot müssen hier die meisten Kaufaufträge stark repariert werden, zum Teil wurde der Kurs verschiedener Wertes sogar gestrichen. Auf dem Industriemarkt interessierte man sich bei den Maschinen und Metallindustrieaktien besonders für Kartonagenfabrik + 500% (nach vorläufig weiter + 800%). Ferner hellten sich erheblich höher Jung & Lindig 700%, Dresdner Stridmühlen 810%, Escher 270%, Germania 250%, Hartmann 387%, Friedr. August-Hütte 200%, Schubert & Salter 260% und Ölze 120%. Dagegen erhielten größere Fabriken wie Carl 210% und Bitzauer Maschinen 220%. Von Elektroaltdörfer und Fahrtradrollen wurden u. o. Gaswerk 250% und Sonderer 180% höher bewertet, während Möbelatlas 650% und Vogel 100% einbüßten. Bei den Aktien der Papierfabriken erfuhrn größere Kurzsteigerungen. Dr. Kurs mit 1500% bzw. Vereinigte Papierfabrik mit 800%. Chemische Papierfabrik mit 275%. Ica mit 150% und Hohenauer mit 120%. Dagegen schwächten sich Vereinigte Fabriken photographischer Papiere 880% ab. Von Sanktialen lagen besonders hoch Vöhrer Bank + 800% (ver报iert) und Chemische Bankverein + 140%, im Gegensatz zu Deutscher Bank, die 210%, Dresdner Bank, die 310% und Darmstädter Bank, die 60% nachgaben mussten. Bei Transportwerten jegliche Vereinigte Altdörfler ihre Aufzugsbewegung um weitere 70% fort, doch konnten sie im variablen Verkehr ihren Höchststand nicht behaupten. Speicher-Mels gingen erneut um 70% zurück. Von Baugesellschaften wurden Dresdner Baugesellschaft 100% und Niedenbaudorf 60% gestiegen. Die größte Steigerung des Tages erzielten bei Brouereiaktien, aktien erzielten reiche bedeutende Renditen v. Heiden + 855%, Vingher-Werke + 243%, Baumwollspinnerei Zwidau + 500%, Dresdner Rähmwin + 700%, Carl Dürfeld + 1100%, Dresdner Gardinen + 450% und Oberlausitzer Jäger + 350%. Vogelphon + 645% und Plauener Gardinen + 150%. Anderseits neigten sichere nach unten Zwidauer Rammgarn 500%, Vereinigte Bänker 450%, Polencienne 287% und Chemische Aktienfabrik 100%. Keramische Werte erschienen sich zu steigenden Kurien, größere Bezeichnung in Velbert + 280%, Triptis + 110%, Reiche Volksbank + 181%, Deutsche Tonwaren + 800%, Triton + 545%, G. Leichter + 255%, Hirsch-Tafelglas + 468%, Sächsische Glasfabrik + 800% und Somag + 100%. Größere Verluste verzeichneten Rosenthal mit 1000%, Stielgläserfabrik Börnig mit 200% und Hoffmann-Glas mit 170%.

**Börsenkurse im Freiverkehr am 13. November bis abends 6 Uhr.**

(Mitgeteilt von der Bankhaus Bassenge & Fritzsche, Dresden, Gewandhausstr. 5.)

Holland (1 Gulden) 8029,00. Dänemark (1 Krone) 1555. England (1 Pfund Sterling) 24,500. Amerika (1 Dollar) 7725. Schweiz (1 Frank) 1410. Frankreich (1 Franc) 400. Italien (1 Lire) 340,80. Deutsches Reich (100 Kronen) 10%. Tschechoslowakei (1 Krone) 240. Ungarn (1 Krone) 8,20.

Markskreise (für 100 Mark). Amsterdam 0,04%. Gulden. Copenhagen 0,04% Kronen. Stockholm 0,04% Kronen. Südtirol 0,06% Franken.

Polennoten (100 Mark polnisch): 49% Reichsmarke.

## Dresdner Kurse

vom 13. November

(Ohne Gewähr)

	heute	gest.	verh.	4 Mon.-Geh.	heute	gest.	verh.	4 Mon.-Geh.	heute	gest.	verh.
Festverzinsliche Werte											
3 Röderbau, m.	105	105	-	105	105	105	-	105	105	105	-
3% do. m.	915	150	-	915	915	915	-	915	915	915	-
4% do. m.	222	240	-	222	222	222	-	222	222	222	-
5% Kriegs-Akt.	170	170	-	170	170	170	-	170	170	170	-
4% Schatz-Akt.	78	72	-	78	72	72	-	78	72	72	-
Sup.-Pfand.-Akt.	196	92	-	196	196	196	-	196	196	196	-
3% Städts.-Poste, m.	136	136	-	136	136	136	-	136	136	136	-
3500% Akt. v. S. & C.	14	4	-	14	14	14	-	14	14	14	-
37/4% do. 52/6% d.	97	82	-	97	97	97	-	97	97	97	-
4% do. 1915 m.	160	160	-	160	160	160	-	160	160	160	-
5% Münzgeld-Akt.	102	95	-	102	102	102	-	102	102	102	-
5% Kriegs-Akt.	170	170	-	170	170	170	-	170	170	170	-
4% do. 1918 m.	102	95	-	102	102	102	-	102	102	102	-
3% do. 1919 m.	87	82	-	87	87	87	-	87	87	87	-
3% do. 1920 m.	136	136	-	136	136	136	-	136	136	136	-
3% do. 1921 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1922 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1923 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1924 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1925 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1926 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1927 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1928 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1929 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1930 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1931 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1932 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1933 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1934 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1935 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1936 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1937 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1938 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1939 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1940 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1941 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1942 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1943 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1944 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1945 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1946 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1947 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1948 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1949 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1950 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1951 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1952 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1953 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1954 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1955 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1956 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1957 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1958 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1959 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1960 m.	115	115	-	115	115	115	-	115	115	115	-
4% do. 1961 m.	115	115									

